Kommunale Nachrichten

Die Entwicklung des Gemeindefürsorge

Staatssekretär Brauert vom Reichs- und Preussischen Ministerium des Innern veröffentlicht in Heft Nr. 3 der Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht einen Aufsatz „Ein Jahr Deutsche Gemeindeordnung“, der eine interessante Betrachtung über die Auswirkungen des vor einem Jahr erlassenen Gesetzes darstellt. Die Deutsche Gemeindeordnung hat den Gemeinden nicht nur ein neues Verfassungsrecht, sondern auch ein neues Wirtschaftersrecht gebracht. Bestimmte Abschnitte dieses Wirtschaftersrechts haben die Wirtschaftsführung der Gemeinden im letzten Jahr bereits weitgehend beeinflusst. Die Vorschriften der Deutschen Gemeindeordnung über das gemeindliche Schuldenwesen sind streng und unumgänglich. Es mag für eine Gemeinde einmal unangenehm sein, wenn ihr die Aufnahme eines Darlehens verweigert wird, weil ihr Schuldenstand schon an sich hoch ist oder weil der vereinbarte Zinssatz das Maß des Tragbaren übersteigt. Sie muß aber erkennen, daß ein Abbau der Verschuldung der Gemeinden und die Sicherung eines allgemein tragbaren Zinssinndeckungs über diese Ziele sind als die Durchführung eines meist nur örtlich interessierenden Vorhabens. Es zeigt sich aber an mehr als einer Stelle der Deutschen Gemeindeordnung das Bestreben, die Gemeinden weitgehend auf den Weg einer vorliegenden Eigenfinanzierung zu verweisen. Die Ausführungen über Erneuerungs- und Erweiterungsdrücklagen, Betriebsmitteldrücklagen und anderes kennzeichnen diese Tendenz. Es ist auch erfreulich zu sehen, wie die Wirtschaftsvorschriften im engeren Sinne, die Vorschriften darüber, wie ein Gemeindebetrieb bewirtschaftet werden soll, sich immer fester verankern. Hier bleibt jedoch noch eine wesentliche Arbeit zu leisten. Es gilt das Recht des Eigenbetriebes zu schaffen, d. h. für die sogenannten Regiebetriebe eine Wirtschaftsform zu finden, die auch im eigentlichen Sinne wirtschaften kann. Es entspricht nicht dem Wesen eines Wirtschaftsbetriebes, ihn den strengen Bindungen des für die Gemeinde allgemein geltenden Haushaltesrechts zu unterwerfen. In die Stelle des Haushaltesrechts wird demnach für die Betriebe ein Wirtschaftsplan treten müssen, bei dessen Regelung es darauf ankommt, Freiheit und Bindung richtig zu verteilen.

Am stärksten zeigt sich der Übergangscharakter auf dem Gebiete des Gemeindefürsorge, das bei den Vorschriften, die sich mit dem Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinden befassen. Es war zunächst nicht ohne weiteres möglich, diese Vorschriften bereits in vollem Umfang für das Rechnungsjahr 1935 in Geltung zu setzen. Die Haushaltspläne der Gemeinden waren bei Inkrafttreten der Deutschen Gemeindeordnung nach den geltenden landesrechtlichen Vorschriften bereits aufgestellt; dem mußte zwangsläufig Rechnung getragen werden. Darüber hinaus war es aber auch erforderlich, neben den Vorschriften der Deutschen Gemeindeordnung weite Teile des Landesrechts überhaupt aufrechtzuerhalten, wenn für die Verwaltung untragbare Lücken vermieden werden sollten. Aber auch hier wird eine Vereinheitlichung kommen. Das Interesse hierfür liegt ebenso bei den Gemeinden wie beim Staate, da die Gemeinden ja doch ebenso auf Vergleiche ihrer Tätigkeit mit anderen Gemeinden angewiesen sind. Es spricht nicht dagegen, daß jede Gemeinde auch fernerhin in einem gewissen Rahmen ihre Individualität behält.

Es gibt Fragen im Gemeindeleben, auf die der Staat in gewissen Zeiten einen weitestgehenden Einfluß nehmen muß als gewöhnlich. Entfällt nach der ganzen Entwicklung die

Notwendigkeit einer derartigen Einflußnahme, so entspricht es dem Wesen der Selbstverwaltung, daß der Staat auf diesem Gebiet seinen Einfluß einschränkt. Die Erste Durchführungsverordnung zur Deutschen Gemeindeordnung hat denn auch bestimmte Genehmigungsvorbehalte gelockert und dafür Anzeigepflichten vorgeschrieben. Man kann damit rechnen, führt Staatssekretär Brauert weiter aus, daß nach der ganzen Entwicklung des Gemeindelebens in absehbarer Zeit gewisse weitere Lockerungen möglich sein werden, wie überhaupt im zweiten Jahr der Deutschen Gemeindeordnung noch eine ganze Reihe bedeutsamer Maßnahmen durchzuführen sein werden.

Schrengabe des Deutschen Gemeindetages Die Porträt-Plakette des Freiherrn vom Stein wird aus Anlaß ihrer Jahrhundertfeier überreicht werden: Der Gemeinde Tiefenau, Kreis Marienwerder, 700-Jahrfeier; Bernshäufen, Kreis Duderstadt, 1100-Jahrfeier (Juni); Markt Hartkirchen 700-Jahrfeier (27. - 29. 6.).

Das Denkmal der Gemeinde-Selbstverwaltung Anlässlich des Internationalen Gemeindekongresses, der im Juni 1936 unter der Schirmherrschaft des Führers stattfand, veranstaltet bekanntlich der Deutsche Gemeindetag mit dem Ausstellungs- und Messstand der Stadt Berlin eine Ausstellung der deutschen Selbstverwaltung. Der Vorsitzende des Deutschen Gemeindetages, Reichsleiter Oberbürgermeister Fießler-Münch, hat in diesem Zusammenhang einen Wettbewerb für ein Denkmal der Selbstverwaltung ausgeschrieben lassen. (Vergl. die Kundendrucke in Nr. 5 vom 1. 3. 36.) Das Preisgericht, das von Oberbürgermeister Fießler selbst geführt wurde, hat den ersten Preis dem Berliner Bildhauer Max Werch, den zweiten Preis dem Berliner Bildhauer Anton Grauel zuerkannt. Das preisgekrönte und vom Deutschen Gemeindetag in Auftrag gegebene Werk von Max Werch zeigt vor einer Stadtmauer einen Soldaten, dem eine Gruppe von Bürgern den Treueeid leistet. Das Denkmal wird in der Ehrenhalle der Ausstellung zunächst in Gipsausführung aufgestellt; es wird etwa 4 m hoch sein.

Zutrauen zur Selbstverwaltung! „Auf den verschiedensten Aufgabengebieten beginnen sich Zuständigkeiten außerhalb der örtlichen Gemeindeverwaltung zu entwickeln. Das Ergebnis könnte nur eine Schwächung des Ansehens der öffentlichen Verwaltung überhaupt und eine unnütze Verausgabung von Steuermitteln sein.“ Diese Feststellung traf Oberbürgermeister Dr. Goebel anlässlich seiner letzten Rede zum Leipziger Haushalt, um fortzuführen, daß er immer wieder betonen müsse, daß nichts heilsamer und dem Ganzen nützlicher ist als die Vereinigung der Verwaltungszuständigkeiten in allergrößtem Umfang bei der örtlichen Verwaltung, als ein herabgesetztes Zutrauen in den Verantwortungs- und in die Schaffensfreudigkeit der in der örtlichen Selbstverwaltung tätigen Kräfte. Gewiß mögen hier und da diese Kräfte nicht ausreichend sein. Aber dann müßte bei diesen Stellen und nicht auch bei allen anderen der Eingriff einsehen. Durchgreifen im einzelnen Falle und herabgesetztes Zutrauen im allgemeinen waren stets die gegebenen Mittel, um die besten Kräfte des deutschen Volkes zur Tat, zum Opfer, zur Gewinnung einer ein-

fachen und sparsamen Verwaltung und damit auch zum Wohle des Ganzen auszunutzen. Die Gemeindefürsorgeverwaltung kann auch in schweren Zeiten auf das wohlthätigste dem Ganzen helfen und die zentralen Verwaltungsstellen entlasten, wenn ihr Betätigungsfeld, Freiheit und Verantwortung anvertraut werden.

Schrengabe des Deutschen Gemeindetages Zahlreiche Gemeindeverwaltungen geben in besonderen Fällen künstlerisch ausgeführte Ehrenschrengabe aus. Selbstverständlich sollen diese Geschenke nach Möglichkeit aus deutschem Stoff hergestellt werden. In diesem Zusammenhang sei auf gute Ergebnisse deutscher Zimmerkeren (Keller, Becher, Krüge, Wandteller) aufmerksam gemacht.

Die Schrengabe der Straßennamen In Städten und Dörfern kann man oft beobachten, daß die Straßenschilder Fehler aufweisen, die bei einer Überlegung vermieden werden könnten, dabei müssen in den Städten die Namen ehe sie angebracht werden, das Grundbuch beim Katasteramt passieren, sie werden in den Adressbüchern und Stadtplänen vermerkt usw. Es ist aber nur nötig, folgendes zu beachten:

1. Wird „Straße“ mit einem einzelnen Personen- oder Sachnamen verbunden, so müssen beide Wörter zusammengeschrieben werden, zB Hindenburgstraße, Bergstraße u. a.
2. Ist der Straßennamen von einem Ortsnamen abgeleitet, so ist stets getrennt zu schreiben, aber ohne Bindestrich, zB Berliner Straße.
3. Steht vor „Straße“ ein Eigenschaftswort, so ist es einander und groß zu schreiben, zB Breite Straße.
4. Wird „Straße“ mit zwei oder mehreren Namen verbunden, so werden alle Glieder dieser Straßensbezeichnung durch Bindestriche getupelt, zB Adolfs-Hilfer-Straße, Horst-Wessel-Platz.

Diese Richtlinien gelten nicht nur für „Straßen“, sondern auch für Verbindungen mit „Weg, Gasse, Brücke usw.“

Stehen vor Wörtern wie „Wusch, Ring, Graben, Wall, Ufer“ Eigenschafts- und Verhältniswörter, so sind diese groß zu schreiben wie etwa „Am Neuen Ring“ oder „Am Alten Deich“.

Die beiden französischen Wörter „Chaussee“ und „Allee“ sind für den deutschen Sprachgebrauch eigentlich überflüssig. Werden sie richtig angewendet, wie zB in „Berliner Chaussee“, „Lindenallee“, so mag das noch hingehen, bildet man aber, wie es oft vorkommt, Wörter wie „Chausseestraße“ oder „Alleestraße“, so entstehen unsinnige Überreibungen, weil „Chaussee“ für sich schon „Landstraße“, „Allee“ allein bereits „Dammweg“ bedeutet.

Wertung in der Wohlfahrtspflege Die heutige Wohlfahrtspflege muß, indem sie das Ganze über den Einzelnen stellt, Art und Maß der Fürsorge nach dem bestimmen, was der Einzelne für das Ganze wert ist. Entsprechend diesem Grundsatz wird in der Wohlfahrtspflege der Stadt Stuttgart künftig unterschieden zwischen völlig höherwertigen und minderwertigen Volksgenossen.

Höherwertig ist der Volksgenosse, der durch die Gesamtheit seiner Eigenschaften, seines Verhaltens und seiner Leistungen den Durchschnitt im günstigen Sinne überragt. Durch eine bevorzugte Bewandlung der Höherwertigen sind die guten Erbanlagen und damit die erbliche Gesunderhaltung des Volkes zu pflegen und die erbgutenden Familien zu fördern. Die Fürsorge für die Höherwertigen

unterscheidet sich von der übrigen Fürsorge dadurch, daß sie in Art und Maß von der Regel nach oben abweichen kann. Der höherwertige Kindererzieher kann zB auch neben vollem Lohn entsprechende Unterstützung erhalten. Als Siebeler bei öffentlichen Sieblungsunternehmungen dürfen aus dem Kreis der Fürsorgeempfänger grundsätzlich nur Höherwertige ausgewählt werden.

Minderwertig ist der Volksgenosse, der durch die Gesamtheit seiner Eigenschaften, seines Verhaltens und seiner Leistungen hinter dem Durchschnitt zurückbleibt. Der Bestand der Volksgemeinschaft erfordert zwar auch eine Fürsorge für die Minderwertigen. Diese Fürsorge beschränkt sich aber auf das zum Leben Unvermeidliche. Zu diesen Minderwertigen gehören insbesondere diejenigen, die beharrlich arbeitslos sind. Soweit Anstaltspflege und Bewahrung notwendig ist, erfolgt sie in der niedrigen Pflegeklasse und mit geringstem Aufwand. Zur Bemessung des Nachwachses erblich Belasteter wird in geeigneten Fällen nach entsprechender Prüfung die Sterilisation eingeleitet.

Neue Zahlen zur Wandererfrage

Auf einer neunmonatigen Reise durch Deutschland hat der Berichtserfasser der „Sozialen Praxis“, H. Deeg, festgestellt, daß die Elendsarme, die in den Asylen und Herbergen, in Scheunen und auf Bahnhöfen die Nächte zubringt, dank des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit, aber auch dank des energischen Einschreitens gegen das Verberberium und das Bettelwesen, von ihrem hohen Stand von 431 000 Personen im Jahre 1932 auf 60 000 bis 70 000 zurückgegangen ist, so daß fünf Sechstel davon schon verschwunden sind. Noch 1932 übernachteten in Deutschland allein in Scheunen und auf Bahnhöfen regelmäßig 50 000 Personen. In Berlin waren in den Obdachlosenheimen 1930 bis 1932 durchschnittlich 5000 Personen untergebracht, 1935 aber nur noch durchschnittlich 200, so daß ein Rückgang von 96 Prozent vorliegt. Entsprechend hoch ist das Quäntchen in den anderen Großstädten. Auch die moralische Abflut der jetzigen Einwohner hat sich gebessert. In der „Palme“, dem Berliner Obdachlosenheft, lebten damals alle nächsten Besucher von Bettelien und dunklen Gewerben, während in den heutigen Berliner Männerheimen ein Teil Unterstützungseigentümer wohnt, Hausierer und Gelegenheitsarbeiter. Die Zahl der Wohnungsbesitzer ist verschwindend gering geworden. In den Mittelstädten ist ein entsprechender Rückgang der Obdachlosen festzustellen, zum Beispiel in Straßburg von früher durchschnittlich 30 auf jetzt 4. In Darmstadt und Freiburg i. Br. sind gegen früher 30 bzw. 60 jezt überhaupt keine Obdachlosen mehr in den Heimen. Eine amtliche Registrierung der Wanderbewegung im Reichsmaßstab hat sich leider noch nicht ermöglichen lassen.

Zur Entschädigungspflicht der Obdachlosenpolizei

Die Obdachlosenpolizei, die zur Verhütung der Obdachlosigkeit Wohnräume beschlagnahmt und in diese ermittelte Obdachlose befristet einweist, hat nach § 70 Polizeygesetz dem von der Beschlagnahme betroffenen Verfügungsberechtigten Ersatz des ihm durch die Beschlagnahme entstandenen Schadens zu gewähren. Die von einer polizeilichen Wohnungsbeschlagnahme betroffenen Hausbesitzer sind nun oft der Auffassung, daß sie von der Obdachlosenpolizei als Entschädigung für die beschlagnahmten Räume diejenige Miete fordern könnten, die der letzte Mieter dieser Räume gezahlt hat, und zwar solle dies selbst dann gelten, wenn bei beschlagnahmten Räumen, die noch dem Reichs-Mietengesetz unterliegen, die letzte vereinbarte Miete in ihrer

Literaturpreis aussetzen, der etwa 1000 M betragen müßte. Er müßte einmal jährlich verteilt und einem Autor zugewiesen werden, der der betreffenden Gemeinde durch seine Herkunft oder durch sein Werk verbunden ist. Eine solche Maßnahme — generell durchgeführte — könnte das materielle Los der Begabten erheblich verbessern. Der

Bücherschau

Das Gesetz über die Kleinrentnerhilfe vom 5. Juli 1934. Von Kraegeloh. Dritte, völlig umgearbeitete und vermehrte Auflage. 300 S. Preis 2,50 RM.

Alle streitigen Zweifelsfragen des Gesetzes über die Kleinrentnerhilfe sind vom Verfasser eingehend behandelt und es ist besonderer Wert auf die Erörterung aller juristisch-praktischen Fragen gelegt worden. Auch der 3. Durchführungsersatz zu dem Gesetz über Kleinrentnerhilfe vom 9. 12. 35 wurde berücksichtigt. Das sorgfältig bearbeitete Sachregister wird den Lesern sehr zufließen kommen.

Taschenkalender für Verwaltungsbeamte 1936. Herausgegeben von Prof. Dr. F. Kühner.

Für jeden im öffentlichen Leben Stehenden, besonders aber für den Verwaltungsbeamten, ist es wertvoll, ein Nachschlagewerk in handlichem Format zu besitzen, das ihm erscheidenden Aufschluß gibt über den Aufbau der Verwaltungsbehörden des Deutschen Reichs, Preußens und der übrigen Länder. Dieses unentbehrliche Hilfsmittel ist der bekannte Taschenkalender für Verwaltungsbeamte, herausgegeben von Prof. Dr. F. Kühner. Die neue 53. Ausgabe des Taschenkalenders enthält wieder beträchtliche Erweiterungen. Die Landesfinanzämter des Reichs mit Finanz-, Hauptzoll- und Reichsbauämtern, die Hauptverwaltungsämter mit ihren Versorgungsämtern und sonstigen Dienststellen der Reichsverwaltung sowie die Landesarbeitsämter mit ihren Arbeitsämtern sind mit den auf den neuesten Stand gebrachten Behörden- und Personalangaben in die neue Ausgabe des Taschenkalenders aufgenommen. Der Abschnitt über die staatlichen Polizeibehörden ist durch Aufführung der Staatspolizeistellen der Geheimen Staatspolizei und ihrer Aufschriften vervollständigt worden. Der Kalender enthält eine Fülle von wertvollem Material, von dem nur die in ihrer Art einige Reichsbücherführer der Städte, die Übersicht der Gliederung der Reichsleitung der NSDAP, Beamtenbünde, ständischer Aufbau, Reichsautobahnen usw. hervorgehoben werden sollen. Der zweite Teil des Kalenders dient als Notizbuch und ist mit einem Kalendarium und einem Quellenverzeichnis für den Staats- und Gemeindebedarf ausgestattet. Der Kalender kann wegen seines umfangreichen interessanten Inhalts allen, die im öffentlichen Leben stehen oder mit Behörden zu tun haben, nur bestens empfohlen werden (zu beziehen zum Preise von 4 RM, Vorzugspreis für Behörden 3 RM, durch Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8).

Germanische und englische Selbstverwaltung. Deutsche Rechts- und Wirtschafts-Wissenschaft, Verlags Ges. mbH, Berlin W 35. 61 S. Preis 2,40 RM.

Die Reichsfachgruppe Verwaltungsjuristen, die im Rahmen einer Preisaufgabe die Schrift von Dr. Karl Fuchs als Preisarbeit ausgezeichnet hat, wollte damit dem Ideenwettbewerb um den Selbstverwaltungsbegriff eine historisch-wissenschaftliche Grundlage geben, da das gedankliche Erfassen histo-

rischer Motive das beste Klüftung für das Verständnis der Forderungen der Gegenwart und die Notwendigkeiten der Zukunft gibt. Darauf weist in einem Vorwort Oberbürgermeister Dr. Martmann-Magdeburg hin, während der Vizepräsident des Deutschen Gemeindetages, Dr. Zeitler, in einer Vorbemerkung feststellt, daß es heute offenbar sei, daß das Wesen der Selbstverwaltung in der eigenverantwortlichen Erledigung der örtlichen öffentlichen Aufgaben und in der ehrenamtlichen Beteiligung der Bürger an der Verwaltung bestehe. Über den Begriff der Selbstverwaltung, wie ihn die DSD verstanden wissen will, könne keine Meinungsverschiedenheit bestehen. Im Vergleich mit der englischen Selbstverwaltung besteht ein Unterschied in der Berufung und Stellung der kommunalen Organe sowie in Art und Weise der Mitarbeit der Bürger. In einem zeigend jedoch Übereinstimmung und damit zugleich der Kern und das Wesen der Selbstverwaltung: in der eigenverantwortlichen Erledigung der öffentlichen Aufgaben der engeren Heimat und der (allerdings verschieden gestalteten) Beteiligung der Bürger an der Verwaltung. Dies an der durch das nationalsozialistische Gedankentum umgeformten deutschen Selbstverwaltung zum ersten Male dargestellt zu haben, bezeichnet Dr. Zeitler als eine begrüßenswerte Aufgabe und als einen lohnenden Versuch.

Das neue Deutsche Reichsrecht. Von Pfundtner-Neubert. Lieferung 41. Der Inhalt der Lieferung 41 ist besonders mannigfaltig. Sie enthält im wesentlichen die im Reichsgesetzblatt bis zum Ausgabedatum vom 7. 12. 35 erschienenen Gesetze und Verordnungen, außerdem die wichtigsten Bestimmungen aus dem Reichsgesetzblatt vom 10. 12. 35. Auf dem Gebiet der Rechtspflege erscheint u. a. das wichtige Gesetz über die Beschränkung der Nachbarrechte gegenüber Betrieben, die für die Volksgesundheit von besonderer Bedeutung sind. Der Abschnitt Wirtschaftsrecht bringt bereits das grundlegende Spinnstoffgesetz vom 6. 12. 35, das an die Stelle der bisherigen Faserstoffverordnung zu treten bestimmt ist. Das Sozial- und Arbeitsrecht bringt die wichtige Durchführungsverordnung zum Ehegesundheitsgesetz (Bestimmungen über das Ehebauigkeitszeugnis). Außerdem erscheinen Vorschriften aus den Gebieten des öffentlichen Rechts, des Finanz- und des Verkehrsrechts.

„Die Verwaltungsakademie.“ Heft 50 bringt einen Abriss über das gesamte Gebiet des Binnen- und Außenhandels von berufener Seite. Der Verfasser weist zunächst dem Handel den ihm im Wirtschaftsleben gebührenden Platz an, behandelt dann die verschiedenen Arten des Handels: Groß-, Ein- und Ausfuhrhandel, Einzelhandel usw., setzt sich mit den Handelsobjekten auseinander, skizziert dann kurz die wichtigsten Fragen unserer Binnen- und Außenhandelspolitik und stellt dabei die Grundzüge nationalsozialistischer Handelspolitik heraus.

Herausgeber: Deutscher Gemeindetag, Berlin W 40. — Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart und Berlin W 9. Potsdamer Str. 22a. — Für die Schriftleitung verantwortlich: Hermann G. Fischer, Berlin-Budow. — Für Anzeigen verantwortlich: Dr. A. Rohmeyer, Berlin W 9, Potsdamer Str. 22a. — D. A. V. Vierteljahr 1935 10 100 Exemplare. — Gedruckt bei Carl Neubauer, Stuttgart. — Preis 1,20 RM. — Postamt Berlin SW 68, Postnummer 12.

Der Gemeindetag

Zeitschrift für deutsche Kommunalpolitik

Herausgegeben vom Deutschen Gemeindetag, Berlin. Hauptchriftleiter: Vizepräsident Dr. Zeitler „Der Gemeindetag“ mit Beilage „Gemeinden und Statistik“ erscheint halbjährlich. Bezugspreis für Gemeindeverwaltungen vierteljährlich 2,50 RM, bei gleichzeitigem Bezug der Zeitschrift „Die Landgemeinde“ vierteljährlich 2,00 RM, im übrigen 3,75 RM im Vierteljahr. Bezugspreis je Nummer 1,00 RM. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht. Redaktionelle Zuschriften an den Deutschen Gemeindetag, Berlin W 40. Namentlich gezeichnete Aufsätze unter Verantwortung ihrer Verfasser. Einsendungen über Bezug und Anzeigen an W. Kohlhammer/Verlag, Stuttgart und Berlin W 9, Potsdamer Straße 22 a, Fernsprecher: B 1, Kurzfür 3781

30. Jahrgang Nr. 6 15. März 1936

Stadtbourat Dr. Hans Kölzow, Berlin

Die Versorgungsunternehmungen in den vorstädtischen Siedlungen

Dem Deutschen steckt die Liebe zur Scholle im Blute. Das mag daher kommen, daß der größte Teil, auch der heute in den Groß- und Industrie-Städten ansehnlichen Bevölkerung, vor wenigen Generationen noch auf dem Lande saß. Aus dieser Sehnsucht nach dem Boden entstand der Siedlungsgedanke, der den Stadtmenschen wieder in Beziehung zur Erde bringt.

Die nationalsozialistische Bewegung, die den Ewigkeitswert von Blut und Boden in den Mittelpunkt ihrer Weltanschauung stellt, hat von Anfang an erkannt, daß durch Förderung dieses naturhaften Drängens aus der Häuserwüste heraus sich die Lösung wichtigster sozialer und volkshygienischer Aufgaben ermöglichen ließe.

Durch die Ausflebung des Arbeiters, des kleinen Angestellten und Beamten, wird in den meisten Fällen erst die Voraussetzung erfüllt, die erforderlich ist, um eine wirkliche Familie gründen zu können, und wird dieser Familie die Möglichkeit gegeben, gesund heranzuwachsen. Dadurch, daß der Arbeiter aus eigener Scholle mit seinen Familienangehörigen einen großen Teil seiner Lebensmittel selber ziehen kann, wird er krisenfest gemacht gegen Konjunkturschwankungen auf seinem Arbeitsgebiet.

Es ist daher eine Selbstverständlichkeit, daß seit der nationalsozialistischen Revolution dieser Siedlungsgedanke von Staat und Gemeinden in jeder nur denkbaren Weise gefördert worden ist.

Auf eines jedoch muß bei dem Fortfahren in dieser so überaus wichtigen Arbeit Bedacht genommen werden: Partei und Verwaltung laden eine ungeheure Verantwortung auf ihre Schultern, wenn bei diesem Siedlungsbeginn nicht von vornherein alle Klippen beachtet werden. Die schwerste Gefahr für das Segen bringende Werk ist meines Erachtens die Enttäuschung, wenn nicht das Ziel erreicht wird, das am

Beginn dem Siedler vorschwebte. Der weitaus größte Teil der Siedlungsfreudigen stammt aus Kreisen, die finanziell schwach, häufig sogar sehr schwach sind. Der Wunsch nach dem eigenen Häuschen und Garten und die Unerfahrenheit in wirtschaftlichen Dingen läßt oft den Volksgenossen es leicht erscheinen, durch Entbehrungen und Primitivität sich ein Anwesen zu erringen. Aber allzubald stellen sich dann die Mängel der neuen Lebensführung heraus, die doch gar zu sehr von der alten abweicht, daß die dafür Verantwortlichen nicht ernst genug von Anfang an vor falschen Illusionen warnen können. Es gehört mehr zum Siedeln als der bloße Wille, und der Volksgemeinschaft wird ein besserer Dienst erwiesen, wenn unmögliche oder unzulängliche Siedlungsprojekte unterbunden oder doch hinausgeschoben werden, als wenn durch gescheiterte Siedlungsunternehmen den Betroffenen finanzieller und meist auch gesundheitlicher Schaden zugefügt wird und ideelle Werte zerstört werden, die unerfesslich sind.

Es ist selbstverständlich, daß als oberster Grundfaß die Billigkeit zu gelten hat, aber man bause billig und gut — nicht billig und schlecht. Diese Richtlinie gilt nicht nur für das Bauen allein, sondern schon für das Aussehen des Geländes und dann für die Ausstattung der Siedlung mit Verkehrsverbindungen und Energieversorgung.

Nach will mich im folgenden in erster Linie mit der stadtähnlichen Siedlung beschäftigen, wie sie als vorstädtische Kleinsiedlung oder Stadtrand-siedlung im Wirtschaftsbereich fast aller großen Städte angetroffen wird und in großer Zahl dauernd neu entsteht.

Sehr häufig denkt man gerade am Gebiete der Versorgung mit Kraft und Licht Sparmaßnahmen anwenden zu können, die leider bald ins Gegenteil umschlagen. Es ist noch gar nicht so lange her, da glaubten Ubereifrige, überhaupt auf Anschluß an das städtische Versorgungsnetz verzichten zu können, ein Trugschluß,